

Corona-Debatte

Nachdem in den letzten Wochen angesichts der Corona-Krise eine seltene politische Einmütigkeit herrschte, zeigen sich nun erste Risse. – Unterstreiche in den Klammern die jeweils richtige Antwort:



Foto: picture alliance/Bernd von Jutrczenka/ dpa

Der Konsens zwischen Regierung und Opposition in der Corona-Krise scheint aufgebraucht. Dies legt zumindest die Debatte im Bundestag nahe. Anlass für den parlamentarischen Schlagabtausch war die Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel, die sie wie üblich vor einem (Wochenende / EU-Gipfel / Untersuchungsausschuss) abgab. Merkel verteidigte die Kontakt-(Restriktionen / Restititionen / Reparationen) und warnte vor zu schnellen Lockerungen in der Corona-Politik. Schon Anfang der Woche hatte Merkel in einer Schaltkonferenz des (Kabinetts / Koalitionsausschusses / CDU-Präsidiums) ungewöhnlich scharf eine „Öffnungsdiskussionsorgie“ kritisiert. Auch wenn sie keine Namen nannte, richtete sich ihre Kritik wohl beide Male an diejenigen Ministerpräsidenten der Länder, die auf weitergehende Lockerungen im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben drängen, wie zum Beispiel Armin (Lasch / Laschet / Raschet) aus Nordrhein-Westfalen. Merkel hingegen hat Sorge, dass auf diese Weise die Infektionszahlen rasch wieder ansteigen könnten. Sie möchte erst einmal abwarten, welche Auswirkungen die seit dieser Woche geltenden Öffnungen von Läden und anderen Einrichtungen haben. So dürfen seit Montag wieder Geschäfte bis zu 800 Quadratmetern, aber auch alle (Buch / Teppich / Kunst)-händler unabhängig von ihrer Größe öffnen.

In der Bundestagsdebatte kritisierten vor allem FDP und AfD die jetzigen Regelungen. Während die FDP schnellere Öffnungen fordert, möchte die AfD die Schutzmaßnahmen in die Verantwortung der (Bundeswehr / EU / Bürger selbst) übergeben. Aber auch zwischen den Regierungsparteien zeigen sich erste Risse. Während die SPD die Hilfsmaßnahmen weiter ausbauen möchte, befürchten Teile der Union als Konsequenz eine (Inflation / finanzielle Überforderung des Staates / Rezession).

Also doch die Maske

Alle Bundesländer haben jetzt eine Maskenpflicht beschlossen. – Unterstreiche auch hier in den Klammern die jeweils richtige Antwort:

Nun also doch: Nachdem mehrere Wochen über Sinn und Unsinn einer Maskenpflicht diskutiert wurde, haben jetzt alle Bundesländer angekündigt, dass das Tragen einer Maske in bestimmten Bereichen zur Pflicht wird. In den meisten Bundesländern wird eine Maskenpflicht beim Einkaufen und (beim Arztbesuch / beim Betreten der Straße / im ÖPNV) erhoben. Argumente gegen eine Maskenpflicht waren lange Zeit, dass es keine ausreichende Zahl an Masken für die Bevölkerung gebe und ihr medizinischer Nutzen umstritten sei. Vielen galt und gilt sie immer noch als Viren-(katapult / schleuder / katalysator). Auch jetzt soll das Maskentragen keineswegs dazu führen, dass Hygienemaßnahmen und das (Social / Mental / Moral) Distancing aufgegeben werden. Masken mit einem Filter, sogenannte (FDP / FEE / FFP)-Masken, bleiben weiterhin dem Fachpersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen vorbehalten. Die normale Bevölkerung muss dagegen mit einfachen (Faschings- / Karnevals- / Alltags-)masken vorliebnehmen. Dabei kann es sich um Einwegmasken oder auch um selbstgenähte Textilmasken handeln. Einig sind sich Experten, dass Masken bei Kindergarten- und Grundschulkindern aufgrund ihres Bewegungstriebes wenig bringen.

Corona-Ticker

Das Coronavirus dominiert die Nachrichten. Was ist letzte Woche passiert? – Ergänze die Lücken:

- Die Bundesregierung plant eine Erhöhung des _____ ^{Geheimdienstle} arbeitergeldes.
- Das Münchner _____ fest fällt dieses Jahr aus.
- Die Krankenschreibung per _____ ist weiter möglich.
- Die USA verhängen einen 60-tägigen _____-Stopp in das Land.
- Mehrere Bundesländer setzen das _____-Bleiben aus.
- EU weiter uneins über _____-Bonds.

Alles außer Corona

Rechts findest du verschiedene Meldungen aus Deutschland und aller Welt. – Unterstreiche in den Schlagzeilen die jeweils richtige Antwort:

- Erste unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus (türkischen / italienischen / griechischen) Lagern in Deutschland eingetroffen
- Mordanklage nach Anschlag in (Halle / Hanau / Erfurt) an der Saale
- Gedenken an KZ-Befreiungen vor (50 / 70 / 75) Jahren
- Durchbruch für Netanjahu: Regierungsbildung in (Libanon / Israel / Indien) vor Abschluss
- „(Reporter / Ingenieure / Ärzte) ohne Grenzen“ legen jährlichen Bericht zur Pressefreiheit vor
- Erstmals ehemaliger (syrischer / iranischer / amerikanischer)